

327. 32 IV (063) "1921" 327, 324
12 1/2 - international. K. 1
1 Wien 1921
Internationale Arbeitsgemeinschaft
Sozialistischer Parteien

TYÖVÄENLIKKEEN
KIRJASTO

Beschlüsse

der

Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien

(22. bis 27. Februar 1921)



932944

Wien 1921

Verlag des Sekretariats der Internationalen Arbeits-
gemeinschaft Sozialistischer Parteien

17773

Inhalt:

	Seite
I. Leitsätze.	
1. Imperialismus und soziale Revolution	3
2. Methoden und Organisation des Klassenkampfes	7
II. Statuten.	
1. Statut der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien	11
2. Reglement für das Exekutivkomitee	12
III. Resolutionen.	
1. Zum Punkt: Imperialismus und soziale Revolution	13
2. Zum Punkt: Der internationale Kampf gegen die Konterrevolution	14
3. Zum Punkt: Methoden und Organisation des Klassenkampfes	16
4. Zum Punkt: Bericht der Kommission zur Beratung der georgischen Frage	16
5. Für die Opfer in Rumänien	18
6. Für die ungarischen Volkskommissäre	18
IV. Exekutivkomitee	19

I. Leitsätze.

Imperialismus und soziale Revolution.

1. Der Imperialismus ist das Ergebnis der Unterwerfung der Produktion der vorgeschrittenen Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals, das die gesamte Politik dieser Staaten seinen Expansionsbedürfnissen dienstbar macht, anderseits der Erschließung der rückständigen, auf vor- oder frühkapitalistischer Entwicklungsstufe stehenden Länder, die sofort zum Objekt der heftigsten Konkurrenzkämpfe der verschiedenen nationalen Kapitalistengruppen werden. Hat die Bourgeoisie in ihrer liberalen Epoche die Überbleibsel des Feudalismus in den hochkapitalistischen Ländern zerstört und an die Stelle der alten herrschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen das unbeschränkte Walten der freien Konkurrenz gesetzt, so ist die imperialistische Epoche der Entwicklung des Kapitalismus charakterisiert durch die gewaltsame Auflösung der überlieferten gesellschaftlichen Ordnung in den überseeischen Markt- und Ausbeutungsgebieten des Kapitals wie durch die Entfesselung der heftigsten, sich bis zu bewaffneten Konflikten steigenden Konkurrenzkämpfe des Kapitals um eine monopolistische Beherrschung und Ausbeutung dieser Gebiete.

2. Der Imperialismus hat vor 1914 Europa in zwei feindliche, waffenstrotzende Heerlager geteilt und die Gegensätze zwischen ihnen dermaßen zugespitzt, daß ein lokaler Konflikt genügte, die allgemeine Katastrophe herbeizuführen. Im Weltkrieg hat der Imperialismus Millionen Menschenleben und die Wohlfahrt einer ganzen Generation der Herrschsucht und Raubgier des Finanzkapitals geopfert. Der Imperialismus hat die verlogenen Vorwände, unter denen

er Gut und Blut der arbeitenden Volksmassen für die Interessen des Finanzkapitals in Anspruch nahm, selbst zerrissen. Die Legende der Mittelmächte, daß sie den Krieg zur Verteidigung ihrer Länder führen, schon am ersten Tag des Krieges widerlegt durch den verbrecherischen Überfall auf Serbien und auf Belgien, ist völlig Lügen gestraft worden durch die brutalen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest. Die Legende der Ententemächte und der Vereinigten Staaten, daß sie den Krieg führen, um die Herrschaft der Demokratie und des ewigen Friedens in der Welt zu sichern, ist durch die Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres als ein System zynischer Lügen demaskiert. Selbst die Freiheitsideologie der nationalen Bewegungen der kleinen Nationen, die der Imperialismus während des Krieges seinen Zwecken dienstbar gemacht hat, ist mit dem Ausgang des Krieges zerstört worden; die Freiheit, die sie durch den Krieg errungen haben, ist ihre Dienstbarkeit gegenüber den imperialistischen Weltmächten; befreite Nationen sogar benutzen diese „Freiheit“, um das Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen mit Füßen zu treten und über sie ein unerträgliches Joch nationaler Fremdherrschaft aufzurichten. Nationale Minderheiten werden nach wie vor ihrer bürgerlichen und nationalen Rechte beraubt.

3. Der Weltkrieg hat das kapitalistische Wirtschaftssystem schwer erschüttert. Die aufrüttelnden Erlebnisse des Krieges und die schwere wirtschaftliche Krise, deren der Imperialismus nicht Herr zu werden vermag, haben die Völker revolutioniert. Der gewaltigen sozialen Revolution in Rußland sind die mitteleuropäischen Revolutionen gefolgt, die unterworfenen Völker Asiens und Afrikas lehnen sich gegen den Imperialismus auf, die Arbeitermassen geraten auch in den Siegerländern in Gärung. Der Imperialismus kehrt seine Machtmittel nunmehr gegen die Revolution: er sucht die russische Revolution zu erwürgen, er legt die mitteleuropäischen Revolutionen in Fesseln, er hält die Kolonialvölker gewaltsam nieder. Der Imperialismus ist jetzt nicht mehr bloß das System der kapitalistischen Expansion; offener und brutaler als früher erscheint er nunmehr zugleich als das System der kapitalistischen Konterrevolution. Der Kampf gegen den Imperialismus wird zum Lebensinhalt der durch den Imperialismus selbst entfesselten sozialen Revolution.

4. Der Imperialismus hat den Kriegszustand in Osteuropa und in Vorderasien noch nicht zu beenden vermocht,

aber schon schafft er neue Kriegsgefahren. Die Nebenbuhlerschaft zwischen den Siegermächten, die willkürliche Abgrenzung der neuen Staaten, die konterrevolutionären Interventionen in den revolutionierten Ländern vergrößern von Tag zu Tag die Gefahr neuer kriegesischer Erschütterungen. Das Proletariat täuscht sich nicht darüber, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft der Friede so wenig gesichert werden kann wie die Freiheit der Völker. Wo das Proletariat die politische Macht bereits erobert hat, dort muß es sie auch mit den Waffen in der Hand gegen den Angriff des Imperialismus verteidigen. Wo die Revolution noch nicht bis zur Machtergreifung durch das Proletariat vorgeschritten ist, muß die Arbeiterklasse die bereits errungenen Ergebnisse der Revolution gegen den Imperialismus, der mit seiner Waffengewalt die Gegenrevolution zum Siege zu führen sucht oder den Fortgang der Revolution zu hindern unternimmt, verteidigen und die revolutionäre Krise zur Eroberung der politischen Macht ausnützen. In den großen kapitalistischen Staaten aber, wo noch der Imperialismus herrscht, und in den Kleinstaaten, die der Imperialismus als seine Vasallen ins Feuer schickt, muß die Arbeiterklasse, unbeirrt durch die verlogene Argumentation, die jeden Krieg im Interesse der kapitalistischen Expansion für einen nationalen Verteidigungskrieg ausgibt, in unbeirrbarer Feindschaft gegen die Kriegspolitik der herrschenden Klassen verharren und dem imperialistischen Krieg mit revolutionärer Entschlossenheit ihre ganze Kraft entgegenwerfen. Obliegt diese Pflicht dem Proletariat gegenüber jedem imperialistischen Krieg, so obliegt sie ihm doppelt gegenüber den Kriegen, die zu den Zwecken unternommen werden, die soziale Revolution in anderen Ländern niederzuwerfen.

5. Im Anfang des Weltkrieges gelang es in den meisten Ländern den Regierungen, unter Mitschuld gewisser sozialistischer Gruppen, den Weltkrieg als einen Krieg der Landesverteidigung auszugeben. In den sozialistischen Parteien herrschte die Strömung vor, die die Teilnahme am Krieg als absolute Pflicht betrachtete, den Klassenkampf durch den Burgfrieden ersetzte und den imperialistischen Charakter des Weltkrieges und seine Eroberungsziele völlig verkannte. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr wuchs in den Massen die Erkenntnis, daß die Ziele, für die sie von den herrschenden Klassen hingeopfert wurden, imperialistischen Charakter offenbarten. Die Opposition gegen die Politik des Burgfriedens wurde immer stärker. Sie führte in einigen Ländern zur

Spaltung der Parteien, in anderen Ländern dazu, daß die Führung der Partei an jene Elemente überging, die gegen die Kriegspolitik der Kapitalisten aller Länder die Grundsätze des proletarischen Internationalismus verfochten. Dieser Prozeß hat nach dem Waffenstillstand im November 1918 rasche Fortschritte gemacht. Trotzdem gibt es noch immer ganze Parteien und Minderheiten in anderen Parteien, die an ihrer sozialpatriotischen Auffassung festhalten. Deshalb erklären die auf der Wiener Konferenz vereinigten Parteien, daß sie in die Arbeitsgemeinschaft, die sie gründen wollen, nur solche Parteien aufnehmen können, die frei vom Einfluß des Sozialpatriotismus sind, jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges und jede Politik des Burgfriedens, sei es auch unter dem Vorwand der Landesverteidigung, ablehnen, als Richtschnur ihres Handelns nur die Wahrung des revolutionären Klasseninteresses anerkennen und der Internationale die Einheit ihrer Aktion und die Durchführung ihrer Beschlüsse zu garantieren imstande sind.

6. Die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien sind weit davon entfernt, die von Moskau aus propagierte systematische Spaltung der proletarischen Parteien zum Zweck ihrer „Reinigung“ gutzuheißen. Jede Arbeiterpartei ist ein entwicklungsfähiger Organismus, der als Ganzes und in seinen einzelnen Gliedern unter der Einwirkung geschichtlicher Erfahrungen frühere Irrtümer zu überwinden vermag. Aber in voller Erkenntnis der Bedeutung, die der Kampf gegen den Imperialismus in der Epoche der sozialen Revolution hat, muß die Arbeitsgemeinschaft der auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien darauf bestehen, daß in jeder Partei, die sich ihr anschließen will, eine Mehrheit besteht, die entschlossen den Sozialpatriotismus ablehnt.

7. Nur wenn das Proletariat im unversöhnlichen Kampf dem Imperialismus gegenübersteht, wenn die Proletarier jedes Landes ihren Angriff vor allem gegen die Imperialisten des eigenen Landes richten und in allen diesen Kämpfen die Proletarier aller Länder einander tatkräftig unterstützen, kann das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe in der Periode der sozialen Revolution erfüllen. Der Imperialismus hat ganze Völker der Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt, ganze Länder der Plünderung durch das Kapital der Weltmächte preisgegeben, ganze Erdteile gewalttätiger Fremdherrschaft unterworfen; die soziale Revolution ist die Auflehnung der arbeitenden Volksmassen aller Erdteile gegen das

Unterjochungs- und Zerstörungswerk des Imperialismus. Nur indem das Proletariat die Führung in diesem Kampf gegen den Imperialismus übernimmt, kann es alle gegen ihn streitenden Kräfte um sich scharen und, auf sie gestützt, mit dem Imperialismus selbst auch seine Grundlage, die kapitalistische Ausbeutung, zertrümmern.

Methoden und Organisation des Klassenkampfes.

1. Der bürgerliche Klassenstaat hat in der ersten Phase seiner Entwicklung in den meisten Ländern alle politischen Rechte der Bourgeoisie vorbehalten. In Jahrzehnte währenden Kämpfen hat das Proletariat diese auf oligarchische Staatsverfassungen gestützte Diktatur der Bourgeoisie gebrochen. Den demokratischen Staat beherrscht die Bourgeoisie nicht mehr durch die Monopolisierung der politischen Rechte; es ist die Macht des Kapitals, die es ihr ermöglicht, die öffentliche Meinung zu leiten, die Mittelschichten der Gesellschaft unter ihre Führung zu nehmen und dadurch das Proletariat niederzuhalten. Die brutale Klassenherrschaft der Bourgeoisie in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in Großbritannien, in der Schweiz, im Deutschen Reiche usw. beweist, daß die Bourgeoisie auch in den Formen der Demokratie eine diktatorische Herrschaft über das Proletariat auszuüben vermag.

2. Bedeutet die Demokratie nicht die Befreiung des Proletariats, so stellt sie doch ein günstiges Terrain für den Kampf um die proletarische Befreiung dar. Auf dem Boden der Demokratie entfalten sich die Klassegegensätze und Klassenkämpfe. Das industrielle Proletariat benützt die Rechte, die die Demokratie ihm gibt, um seine Existenz als Klasse zu manifestieren, die schwankenden Mittelschichten der Führung der Bourgeoisie zu entreißen, die geistigen Arbeiter wie die proletarischen und halbproletarischen Elemente der Landbevölkerung um sich zu scharen und mit ihnen vereint die Herrschaft im Staat zu erobern.

3. Die Formen, die der Klassenkampf des Proletariats in den einzelnen Ländern annimmt, hängen ab von den besonderen ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen des Landes, von den militärischen Machtverhältnissen der

Klassen und von den internationalen Beziehungen zu den anderen Ländern. Diese Formen sind andere in den Industriestaaten als in den Agrarstaaten, andere in den Siegerstaaten, die die Welt beherrschen, als in den von ihnen niedergeworfenen und ausgebeuteten Ländern, und ebenso mannigfaltig wie die Agrarverfassungen, die der Kapitalismus auf vorkapitalistischer Stufe vorgefunden und entwickelt hat. Der Klassenkampf des Proletariats um die Herrschaft im Staate und diese Herrschaft selbst müssen andere Formen annehmen in Ländern mit landwirtschaftlichem Großbetrieb als in Ländern mit vorherrschendem bäuerlichem Kleinbetrieb; andere Formen in Ländern, in denen die Bauernschaft selbst im Kampfe gegen die feudale und halbfeudale Ausbeutungsform revolutioniert ist, als in Ländern, in denen eine zahlreiche Klasse konservativer, von den Interessen des Privateigentums geleiteter Bauern die stärkste Stütze der kapitalistischen Herrschaft bildet. Diese verwirrende Mannigfaltigkeit der objektiven Bedingungen des Klassenkampfes ist die Hauptursache der Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten innerhalb des internationalen Proletariats.

4. Sobald der Klassenkampf jene Entwicklungsstufe erreicht hat, auf der die Demokratie aus einem Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft zu einem Mittel der proletarischen Klassenherrschaft zu werden droht, wird die Bourgeoisie in der Regel die demokratische Entwicklung gewaltsam zu unterbrechen suchen, um den Übergang der demokratischen Staatsgewalt in die Hände des Proletariats zu verhindern. Nur in solchen Ländern, wo die Bourgeoisie über die dazu notwendigen Machtmittel, vor allem über die militärischen Machtmittel nicht verfügt und sie es daher nicht wagen kann, den Kampf mit den Waffen der politischen Demokratie durch den offenen Bürgerkrieg zu ersetzen, nur in solchen Ländern wird das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die politische Macht erobern können. Aber selbst da, wo dies geschieht, wird die Bourgeoisie in der Regel ihre wirtschaftliche Macht benutzen, um die Auswirkung der in die Hände des Proletariats gefallenen demokratischen Staatsgewalt zu sabotieren. Auch in diesem Falle wird daher das Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht diktatorische Mittel anwenden müssen, um die Widerstände der Bourgeoisie zu brechen. Die proletarische Diktatur nimmt dann die Form

einer diktatorischen Herrschaft der von der Arbeiterklasse eroberten demokratischen Staatsgewalt an.

5. Wo dagegen die Bourgeoisie über Machtmittel verfügt, um ihre Herrschaft gegen die Auflehnung der Massen des arbeitenden Volkes gewaltsam zu behaupten, wird sie die Demokratie sprengen, die Mittel der Gewalt bereithalten und das Proletariat zum offenen Kampf herausfordern. In diesem Kampf werden nicht mehr die Stimmzettel entscheiden, sondern die ökonomischen und militärischen Kräfte der kämpfenden Massen. Dann wird die Arbeiterklasse die Herrschaft nur durch die direkte Massenaktion (Massenstreiks, bewaffnete Aufstände usw.) erobern, nur durch diktatorische Niederhaltung der besiegten Bourgeoisie sich behaupten können. Die Diktatur des Proletariats muß dann ausgeübt werden auf der Grundlage der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der gewerkschaftlichen oder anderer proletarischer Klassenorganisationen.

6. In allen diesen Kämpfen steht das Proletariat nicht nur der Bourgeoisie seines Landes, sondern der trotz aller ihrer inneren Gegensätze wider die Arbeiterklasse verschworenen internationalen Bourgeoisie gegenüber, deren Führung in den Händen des Finanzkapitals der großen kapitalistischen Weltmächte liegt. Dadurch werden der Aktionsfreiheit des Proletariats eines jeden Landes die Schranken um so enger gezogen, je mehr das Land von den kapitalistischen Weltmächten ökonomisch und politisch abhängig ist. Die endgültige Befreiung des Proletariats kann daher nicht innerhalb der nationalen Schranken erkämpft werden; sie kann nur das Ergebnis internationaler Aktion sein. Diese internationale Aktion zu organisieren ist die eigentliche Aufgabe der proletarischen Internationale.

7. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß die proletarische Internationale den Verschiedenheiten der objektiven Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern Rücksicht tragen. Sie darf die Freiheit der einzelnen sozialistischen Parteien, ihre Aktion den besonderen Bedingungen ihres Landes anpassen, nicht beengen. Sie darf das Proletariat weder auf die Anwendung der demokratischen Methoden beschränken, wie dies heute die sogenannte Zweite Internationale tut, noch ihr die schablonenhafte Nachahmung der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution vorschreiben, wie dies

die Kommunistische Internationale will. Aber unbeschadet der Verschiedenheit der in den einzelnen Ländern anzuwendenden Methoden muß die Internationale alle Kräfte des internationalen Proletariats zu einheitlicher Aktion gegen den internationalen Kapitalismus vereinigen.

8. Eine solche Aktion hat zur Voraussetzung eine Klassenorganisation des Weltproletariats, die allein auf den Ehrennamen „proletarische Internationale“ Anspruch erheben kann. Denn so wichtig die Agitation und Aktion der Parteien auf Grund ihrer Doktrin ist, ebenso wichtig ist uns, daß in letzter Instanz nicht eine Parteidoktrin, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse das Entscheidende sei. Dieses Selbstbestimmungsrecht kann nur ausgeübt werden in einer Organisation, in der alle klassenbewußten Proletarier vereinigt sind. Eine solche internationale Organisation ist aber nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.

9. Das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Instrument des gesamten klassenbewußten Proletariats ist ein allgemeines. Dieses Instrument in Form der internationalen Klassenorganisation kann nur das Resultat des geschichtlichen Prozesses sein, der allmählich die Illusionen der einander befehdenden doktrinären Gruppen berichtigen und sie zu der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Zusammenfassung des ganzen klassenbewußten Proletariats führen wird. Es ist die Aufgabe der engeren Vereinigung, zu der sich die auf der Wiener Konferenz vertretenen Parteien zusammenschließen, das Reifen dieser Erkenntnis zu beschleunigen, ohne sich einer Illusion darüber hinzugeben, daß dieser Prozeß längere Zeit erfordern kann.

II. Statuten.

Statut

der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

§ 1. Unter dem Namen „Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ besteht eine Vereinigung solcher sozialistischer Parteien, die die Verwirklichung des Sozialismus durch die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes erstreben. Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht eine das gesamte revolutionäre Proletariat umfassende Internationale, wohl aber ein Mittel zur Schaffung einer solchen.

§ 2. Die Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen, gemeinsame Aktionen einzuleiten und die Herstellung einer Internationale zu fördern, die das gesamte revolutionäre Proletariat umfaßt.

§ 3. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft können alle sozialistischen Parteien werden, die keinem der Parteienverbände angehören, die sich „Zweite“ oder „Dritte Internationale“ nennen, dieses Statut als für sich verbindlich anerkennen und die Beschlüsse der allgemeinen Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft erfüllen.

§ 4. Mit der Durchführung ihrer Beschlüsse betraut die Arbeitsgemeinschaft ein Exekutivkomitee, dessen Tätigkeitskreis durch ein von den allgemeinen Konferenzen festzusetzendes Reglement bestimmt wird.

§ 5. Zur Bestreitung der Unkosten steuern die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft nach Maßgabe ihrer finanziellen Kräfte bei, leisten jedoch einen von der allgemeinen Konferenz festzusetzenden jährlichen Mindestbeitrag.

§ 6. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft sind für alle ihre Mitglieder verbindlich, insbesondere verpflichten sich die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien, einzeln keinerlei Anschlußverhandlungen mit anderen internationalen Organisationen zu führen und im übrigen ihre internationale Politik gemeinschaftlich zu bestimmen.

Reglement

für das

Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien.

§ 1. Das Exekutivkomitee wird von den allgemeinen Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft auf Vorschlag der angeschlossenen Parteien gewählt.

§ 2. Das Exekutivkomitee besteht aus je zwei Vertretern der Parteien, deren Stimmenzahl an den Konferenzen mehr als fünf, und aus je einem Mitglied der Parteien, deren Stimmenzahl bis zu fünf beträgt.

§ 3. Das Exekutivkomitee setzt ein aus seiner Mitte gewähltes fünfgliedriges Büro ein.

§ 4. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wählt das Exekutivkomitee einen Sekretär.

§ 5. Das Exekutivkomitee hat die Aufgabe, den Verkehr zwischen den Parteien zu vermitteln, für die Ausführung der Konferenzbeschlüsse zu sorgen, einen Informationsdienst zu organisieren und die Einleitung gemeinsamer Aktionen zu veranlassen.

§ 6. Zur Bestreitung der Unkosten wird von den angeschlossenen Parteien ein jährlicher Mindestbeitrag erhoben, der 5 Prozent der aus Mitgliederbeiträgen stammenden Gesamteinnahmen der betreffenden Partei beträgt.

§ 7. Dieses Reglement kann jederzeit durch allgemeine Konferenzbeschlüsse abgeändert werden.

III. Resolutionen.

Zum Punkt:

Imperialismus und soziale Revolution.

Die Konferenz hat die möglichen Folgen der Pariser und der Londoner Staatenkonferenz untersucht und nimmt die Kundgebungen der U. S. P. Deutschlands, der I. L. P. Englands, der Französischen Sozialistischen Partei und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis, welche bezeugen, daß jede dieser Organisationen sich bereits mit der Frage beschäftigt hat.

Desgleichen nimmt sie den Vorschlag der französischen Partei zur Kenntnis, zum Zwecke der gründlicheren Prüfung der Frage der Wiedergutmachung eine gemeinsame Besprechung der drei Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten.

Sie betrachtet als unerläßliche Bedingung der Wiedergutmachung die Internationalisierung der Kriegsschulden und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgesuchten oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten oder verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktiv- und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen.

Die Konferenz stellt die Unfähigkeit der kapitalistischen Regierungen fest, die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme zur Lösung zu bringen. Sie warnt die Arbeiterklasse aller Länder vor den Methoden der Hetze und Aufreizung der Massen, die die Regierungen und die chauvinistische Presse anwenden.

Die übermäßigen, ja unerfüllbaren Forderungen des Ententekapitalismus und der Mißbrauch der durch sie hervorgerufenen Leidenschaft, den die konterrevolutionäre Bourgeoisie Deutschlands betreibt, drohen die Krise zu verschärfen und einen neuen blutigen Zusammenstoß heraufzubeschwören.

Die Entwaffnung der deutschen militärischen Organisationen (Orgesch usw.) entspricht sowohl den Interessen des Proletariats als auch den Erfordernissen des Friedens.

Aber die Entwaffnung Deutschlands allein vermag nicht alle Kriegsgefahr zu bannen, wenn ihr nicht die allgemeine Abrüstung in allen Ländern folgt.

Demzufolge fordert die Konferenz die sozialistischen Parteien auf, Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten:

Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme; gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter im selben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades;

zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse;

für die allgemeine Revision der Friedensverträge;

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker;

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität.

Die Konferenz beschließt, daß die erste dieser Kundgebungen am 13. März in allen großen Städten stattzufinden hat. Sie ruft das internationale Proletariat für den 1. Mai zu Kundgebungen für die gleichen Ziele, insbesondere für die allgemeine Abrüstung und für die Revision der Friedensverträge auf.

Zum Punkt:

Der internationale Kampf gegen die Konterrevolution.

In allen kapitalistischen Ländern ist nach den ersten Erfolgen der proletarischen Revolution infolge der ungenügenden Kraft der Arbeiterklasse und ihrer inneren Zerwürfnisse die Konterrevolution wieder erstarkt. Die Konferenz fordert daher alle in ihr vertretenen sozialistischen Parteien auf, ihre Kräfte auf die Abwehr der bürgerlichen Konterrevolution zu konzentrieren, den diktatorischen Gelüsten der kapitalistischen Regierungen gegenüber die vom Proletariat errungenen Rechte und Freiheiten zu verteidigen und den Kampf für die Behauptung der eroberten Positionen zu dem

Zwecke auszunützen, um durch die Zusammenfassung des revolutionären Proletariats die politische Macht zu erobern.

Die Konferenz verpflichtet die sozialistischen Parteien, mit allen Kräften, über die sie verfügen, die konterrevolutionäre Intervention der kapitalistischen Mächte in Sowjetrußland zu bekämpfen, die Herstellung des Friedenszustandes mit Rußland, die Aufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik zu fördern und jede kriegerische Aktion der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland, insbesondere auch durch Verhinderung der Truppen- und Munitionstransporte, zu bekämpfen.

Die Konferenz erklärt die ungarische Konterrevolution für eine unmittelbare Bedrohung des ganzen mitteleuropäischen Proletariats. Sie verpflichtet die sozialistischen Parteien der westlichen Länder, die Unterstützung der ungarischen Konterrevolution durch die Ententemächte zu bekämpfen. Sie verpflichtet die sozialistischen Parteien aller Länder, den Befreiungskampf des ungarischen Proletariats mit ganzer Kraft zu unterstützen und jeden Angriff Horthy-Ungarns auf einen seiner Nachbarn mit allen Mitteln abzuwehren.

Desgleichen verpflichtet die Konferenz die sozialistischen Parteien, jede sich bietende Gelegenheit zu benützen, um die konterrevolutionären Intrigen der polnischen und rumänischen Herrenklasse zu durchkreuzen.

Die nächste Pflicht des revolutionären Proletariats ist es, im eigenen Lande die konterrevolutionären Bestrebungen unschädlich zu machen. Daher muß das deutsche Proletariat den geplanten Putsch der reaktionären Orgeschformationen abwehren. Sollte die frecher werdende Reaktion die Arbeiterschaft zum Kampf herausfordern, so soll es nicht bei der Abwehr sein Bewenden haben; die Niederwerfung der monarchistischen Banden muß vielmehr in die Machtergreifung des Proletariats ausmünden. Das deutsche Proletariat wird damit auch eine internationale Pflicht erfüllen; denn jetzt schon greifen die Orgeschformationen nach Deutschösterreich über, um über Österreich hinweg den ungarischen Weißgardisten die Hand zu reichen.

Die Konferenz protestiert gegen die Unterdrückung und Verfolgung des klassenbewußten Proletariats in den kapitalistischen Ländern, wie insbesondere in Ungarn, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Lettland, Spanien. Sie stellt fest, daß selbst in der angeblich freiesten demokratischen Republik der Welt, in den Vereinigten Staaten, die kapitalistische Unterdrückungstendenz

sogar in friedlichen Zeiten zu einer terroristischen Vergewaltigung des Proletariats führt, wie das Schicksal des greisen Vorkämpfers der amerikanischen Arbeiterschaft, des Genossen Eugen Debs, und vieler anderer amerikanischen Sozialisten beweist. Die Konferenz sendet allen Genossen, die in den Kerkern der Bourgeoisie schmachten, ihre brüderlichen Grüße und beauftragt die von der Konferenz gewählte Kommission, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um den von der Kapitalistenklasse niedergeworfenen Arbeiterparteien die solidarische Unterstützung des gesamten internationalen Proletariats zu sichern.

Zum Punkt:

Methoden und Organisation des Klassenkampfes.

Die Internationale Sozialistische Konferenz in Wien ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der von ihr gefaßten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatkräftigster Weise um die Herstellung einer revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowohl in ihrem eigenen Lande als auch im Schoße der internationalen proletarischen Klassenorganisation bemühen.

Zum Punkt:

Bericht der Kommission zur Beratung der georgischen Frage.

Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftskommission sowie auch die Sozialistisch-Föderalistische Partei Georgiens teilten der Internationalen Sozialistischen Konferenz mit, daß russische Truppen ohne vorhergehende Kriegserklärung über die georgische Grenze vorgedrungen sind und auf Tiflis marschieren.

Demgegenüber behaupten Moskauer Telegramme wie auch der Wiener Vertreter der Sowjetregierung, daß es sich in Georgien um lokale Aufstände der georgischen Bevölkerung handle und daß die Sowjetregierung ihre Vermittlung zwischen den Aufständischen und der georgischen Regierung angeboten habe.

Die Konferenz ist außerstande, durch eine Untersuchung den ganzen Sachverhalt festzustellen, jedoch geht schon aus der Erklärung der Moskauer Regierung selbst klar hervor, daß es sich bei den Zusammenstößen in Georgien auf der einen Seite um Kräfte handelt, die dem Machtkreis der Sowjetregierung, beziehungsweise der dieselbe bildenden russischen kommunistischen Partei angehören. Sollte es sich bewahrheiten, daß das große Rußland, regiert von einer kommunistischen Partei, gegen die kleine Nachbarrepublik Georgien einen Krieg, sei es direkt oder indirekt, führt, so würde dies den verschiedenen Protest des ganzen europäischen Proletariats hervorrufen müssen, welches nicht begreifen könnte, daß der Gegensatz zwischen zwei von Sozialisten regierten Staaten mit denselben Methoden ausgetragen wird, die imperialistischen Staaten eigen sind.

Die Konferenz erklärt, daß die Verteidigung der russischen Revolution gegen alle Anschläge der internationalen oder russischen Reaktion Pflicht und Lebensinteresse des Gesamtproletariats ist. Aber der Kampf gegen die Intervention der Konterrevolution in Sowjetrußland würde ungeheuer erschwert, wenn die russische Sowjetregierung, wenn auch aus anderen Motiven, Georgien gegenüber gleichfalls Interventionspolitik betreiben wollte. Darum erwartet die Konferenz bestimmt, daß die Gegensätze zwischen Georgien und Sowjetrußland auf dem Wege friedlicher Verständigung erledigt werden und daß Sowjetrußland im ureigensten Interesse des russischen Proletariats die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der georgischen Republik nicht antasten wird.

* * *

Diese Resolution der Kommission wurde als Bericht von der Konferenz gegen fünf Stimmen zur Kenntnis genommen und folgender Antrag mit Mehrheit zum Beschluß erhoben:

Das Exekutivkomitee wird beauftragt, die weitere Klarstellung der Verhältnisse durchzuführen und hiezu Stellung zu nehmen.

Für die Opfer in Rumänien.

Die politische und ökonomische Unterdrückung hat in Rumänien im Oktober 1920 zu einem Generalstreik geführt. Die Regierung hat diesen Generalstreik zum Anlaß genommen, um die Arbeiterorganisationen niederzuwerfen, die Gewerkschaftslokale zu sperren, die Arbeiterpresse unter Zensur zu stellen, einen Teil der Arbeiter auszusperrern, für die anderen die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es begann eine Klassenjustiz, in deren Verlauf viele bewährte Vertrauensmänner zu vieljähriger Zwangsarbeit verurteilt, geprügelt und sogar ermordet worden sind und auch die Abgeordnetenimmunität nicht geachtet wurde, so daß mehrere Abgeordnete im Kerker schmachten. Viele sind überdies noch in den Gefängnissen, ohne daß ihnen bisher der Prozeß gemacht wurde. Die Konferenz protestiert gegen diese Reaktion, die sich würdig dem ungarischen weißen Terror anreihet, und verlangt die Freilassung der aus Anlaß des Generalstreiks Verfolgten.

Für die ungarischen Volkskommissäre.

Die vier ehemaligen ungarischen Volkskommissäre Desider Bokanyi, Peter Agoston, Josef Haubrich und Karl Vantus sind bereits seit dem 26. Dezember 1920, andere Revolutionäre seit Monaten zum Tode verurteilt und befinden sich seitdem in der Armensünderzelle.

Die Konferenz protestiert gegen diese unmenschliche Behandlung der ehemaligen Volkskommissäre und der anderen Revolutionäre. Sie fordert nachdrücklichst die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen Verfolgten.

IV. Exekutivkomitee.

Das

Exekutivkomitee

wurde durch einstimmige Wahl wie folgt zusammengesetzt:

Deutschland: Crispian, Ledebour.

England: Shinwell, Wallhead.

Frankreich: Bracke, Longuet.

Österreich: Adler, Skaret.

Rußland: Martow, Schreider.

Schweiz: Graber, Grimm.

Jugoslawien: Košanin.

Lettland: Wilzin.

Litauen: Januschkiewicz.

Poale-Zion: Kaplansky.

Rumänien: Pistiner.

Tschechoslowakei: Cermak.

Ungarn: Kunfi.

*

*

*

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien trat am 27. Februar zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Es erschienen alle gewählten Mitglieder, mit Ausnahme Košanins (Jugoslawien), den Kristan, und Kaplanskys (Poale-Zion), den Locker vertrat.

Das Exekutivkomitee wählte gemäß § 3 seines Reglements aus seiner Mitte ein fünfgliedriges Büro. Vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurden für dieses Büro die Mitglieder der in Bern eingesetzten Kommission, die auch das Präsidium der Wiener Konferenz bildeten: Adler (Wien), Grimm (Bern), Ledebour (Berlin), Longuet (Paris), Wallhead (Manchester).

Als Sekretär, dem gemäß § 4 des Reglements die Erledigung der laufenden Geschäfte obliegt, wählte das Exekutivkomitee Adler (Wien).

Sämtliche Zuschriften in Angelegenheiten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien sind zu richten an den Sekretär:

Friedrich Adler, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Telegrammadresse: Adler Arbeiterzeitung Wien.

Demnächst erscheint
das vom Exekutivkomitee herausgegebene
Stenographische Protokoll
der Internationalen Sozialistischen Konferenz
in Wien
in deutscher Sprache.

Zu beziehen durch die **Wiener Volksbuch-**
handlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18.

Die vorliegenden
Beschlüsse
der Internationalen Sozialistischen Konferenz
in Wien
erscheinen gleichzeitig
in französischer Sprache
im Verlag des Sekretariats der Internationalen
Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien,
Wien V, Rechte Wienzeile 97.

*

Der englische Text der Beschlüsse erscheint
im Verlag der I. L. P. (Independent Labour
Party), London 8/9 Johnson's Court, Fleet Street.